

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 17 (1927)
Heft: 18
Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

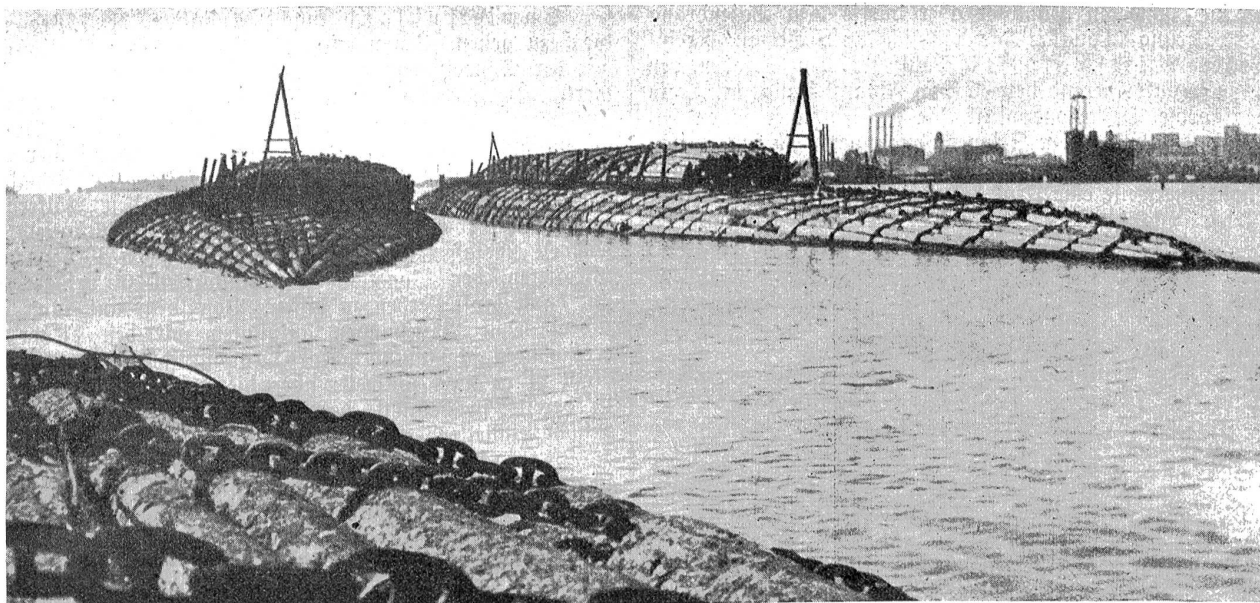
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Riesenflöße in San Diego (Kalifornien) von 250 m Länge und 16 m Breite, die mit 175 Connen Stahlketten zusammengehalten werden.

kämpfe abgehalten. Die hierauf haftende Buße wird stillschweigend bezahlt und kein Hahn kräht danach; der Diana-tempel, ganz in Marmor erbaut, ist größtenteils zerfallen, dagegen steht noch auf einem Hügel dicht an der Stadt der mächtige „Tour Magne“, vor der Römerzeit erbaut mit wunderbarer Aussicht auf den größten Teil des Departements. In Montélimar kauften wir uns noch rasch vom Zuge aus einige Schachteln des berühmten Rougat, um wenigstens unsern Lieben zu Hause ein Andenken an die Afrikareise überreichen zu können. Nachts 11 Uhr folgte noch die ekkige Zollpladerei in Bellegarde bei strömendem Regen, jedoch endlich, etwas mürbe und reisemüde, aber voll der schönsten Erinnerungen, das Wiedereintreffen in unserm lieben Bern. (Ende.)

Aus der politischen Woche.

Im fernen Osten.

Wie in einem Kaleidoskop wechseln auf dem chinesischen Schauplatz die politischen Situationen. Ueber Nacht erstehen neue Regierungen, neue Mächtegruppierungen. Man spricht nicht umsonst von der chinesischen Sphinx. Sie ist schief- äugig wie alles in China. Man kann nicht erkennen, wohin sie blickt.

General Tschang Kai Schek hat definitiv mit den Kommunisten in Hankau gebrochen und eine eigene Regierung gebildet. Durch die in der Peking- Sowjetgesandtschaft aufgegriffenen Briefe weiß man, daß der Obergeneral der Kantonesen seinen Kriegszug nach dem Norden mit russischen Geldern finanzierte. In Schanghai scheint Tschang Kai Schek dann den Verdungen der englischen und chinesischen Bankgewaltigen erlegen zu sein. Hier kam ihn plötzlich die antirussische Wandlung an. Borodin versuchte ihn abzusehen und unschädlich zu machen. Die kommunistische Erhebung in Schanghai wurde, wie gemeldet, mit Hilfe der Ausländer blutig niedergeschlagen. Tschang Kai Schek reiste an die Nanfing- Front, wurde geschlagen, drang wieder vor und revanchierte sich, indem er den Nordtruppen eine empfindliche Niederlage bereitete und Fukou, nordwärts Nanfing, zurückeroberte. Dies war die Situation zu Ende der letzten Woche.

Heute versucht der Diktator von Nanfing alle Nationalisten zum Kampf gegen die Kommunisten in Hankau zu vereinigen. Diese, unter der Führung Tschens stehend, haben ihm in der Person des christlichen Fong Su Siang einen

Gegengeneral entgegengestellt. Fong weilt vor kurzem noch in der Mongolei. Von hier aus beobachtete er angeblich Peking und hielt sich bereit, im geeigneten Momente die Hauptstadt von Norden her anzugreifen. Ob er nun den Angriff auf Peking wagt, oder ob er als Oberkommandierender an der Yangtse-Front erscheinen wird, bleibt abzuwarten.

Die Mächte bereiten eine neue Note an Tscheng vor. Die Engländer wollten dieser Note den Charakter des Ultimatus geben oder doch mindestens Sanktionen androhen. Sie brennen ja schon lange darauf, ihre überlegene Macht zur Geltung zu bringen. Denn auf die Länge wird ihnen dieses müßige Zusehen zu kostspielig; stehen doch mehr als die Hälfte aller in den chinesischen Gewässern eingefahrenen Kriegsschiffe unter britischer Flagge; diese Truppen belasten das englische Budget, das bekanntlich ein schweres Defizit aufweist. Die Amerikaner aber winkten ab. Sie wollen weiterhin nur die Zuschauer spielen und sich jeder Intervention in die innern Angelegenheiten Chinas enthalten. Für sie ist natürlich die chinesische Frage nicht so brennend wie für die Engländer. Die Engländer mußten die Sanktionsandrohung streichen. Ob die neue Note der Mächte, die in dieser abgeschwächten Form diesmal wohl eine gemeinsame sein wird, größere Wirkung haben wird als die erste, bleibt recht fraglich. Weiterhin werden die Ausländer in ständiger Bedrohung leben, und nur die zur Chinesenstadt hinüberblinkenden Kanonenrohre und die über dem unruhigen Ameisengewimmel kreisenden Flugzeuge werden die Mordgier der Menge in Schranken halten. Aber die Gefahr wird mit der Zeit alltäglich und beginnt ihre lähmende Wirkung zu verlieren. Viele geflüchtete Fremden, Kaufleute, Beamte kehren mit Frau und Kinder wieder nach Schanghai und Peking an ihre Geschäfte und ihre Arbeit zurück.

Noch ungewiß ist, welche Haltung die neue Regierung Japans einnehmen wird. Der neue Regierungschef Baron Tanaka ist zugleich der Führer der nationalistisch-konservativen Partei, der Seijukai, die noch vor kurzem für ein aktiveres Vorgehen gegen China demonstrierte. Die offiziellen Kundgebungen der Regierungen versichern aber, im Gegensatz zu diesen Kundgebungen der nun herrschenden Partei, die Friedliebe Japans. Gleichzeitig aber sendet der Kriegsminister neue Marinestreitkräfte nach China. Als Aktivität im Sinne forscheren Nationalismus darf man wohl auch die Verhaftung von Bazilisten und andern politischen Persönlichkeiten einschätzen.

Einen schweren Dämpfer aber dürfte dem Latendrang der Regierung Tanakas die plötzlich über Japan herein- gebrochene Wirtschaftskrise aufsetzen. Im Streben, den Yen zu revalorisieren, betrieb die Finanzleitung in Tokio eine rigorose Deflationspolitik, die jetzt zu einer jähen Finanzkrise — ähnlich dem Stinnes-Zusammenbruch in Deutschland — geführt hat. Die Rolle des Stinnes spielt in Japan merkwürdigerweise eine Frau. Frau Yone Suzuki (siehe



Frau Yone Suzuki, der weibliche Stinnes in Japan.

Bild) ist Beherrscherin ausgedehnter Schiffs- und Industrie- konzerne mit Firmen in Europa und Amerika, die in der Inflationszeit entstanden und denen nun die Kreditnot das Grab schaufelt. In den großen Suzuki-Krach wurden eine Reihe Banken mit hineingerissen. Milliardenwerte stehen auf dem Spiel; die Refonstruktionsaktionen der verkrachten und geschwächten Finanzinstitute bringen weitere Krediteinschränkungen, weitere Falliments, weitere Arbeitseinstellungen, weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not. In solchen Zeiten wächst die politische Unzufriedenheit, und die Regierung wird ihre schwere Mühe haben mit den bolschewistischen Agenten, die in Japan Morgenluft wittern und die sich einnisten werden trotz Kerker und Galgen. Ob es dann noch zu kriegerischen Aktionen in China langt, erscheint zum mindesten fraglich.

Auf dem westlichen Schauplatz

Ist das politische Spiel nicht minder wechslungsvoll. Die jugoslawisch-italienische Spannung hat eher beängstigende Formen angenommen. In Belgrad hat das sechste Kabinett Uzunowitsch einem radikalere, mit Marinkowitsch als Außenminister, Platz gemacht. Sofort machte sich eine gewisse Versteifung in der albanischen Affäre geltend. Die Belgrader Regierung wünschte, daß die Quelle des ganzen Konfliktes, der Vertrag von Tirano, diskutiert werde. Mussolini wies das Ansinnen brüsk zurück; das Abkommen sei eine Angelegenheit, die nur Albanien und Italien angehe. Die Verhandlungen kamen ins Stocken. Die Sprache wurde hüben und drüben drohender. Mussolini mußte die Erfahrung machen, daß die Serben nicht Griechen oder Oesterreicher sind. Zudem versagte jetzt plötzlich London die Unterstützung, die es anscheinend Rom zu Beginn des Konfliktes zugesichert hatte. Heute klingt die Sprache der Londoner Presse entschieden ablehnend gegen die italienischen Aspirationen in Albanien. Es spielt sich ein Zusammengehen zwischen London und Paris vor aller Augen ab. Ersteres drückt auf Rom, letzteres rät in Belgrad zur Mäßigung. Mussolini bleibt zur Stunde noch unnahbar. Auf die Drohung mit Genf antwortet er mit der Erklärung, daß Italien aus dem Völkerbund austreten werde. Daß Genf diese Krise heute um jeden Preis erspart werden muß, ist für Briand heilige Pflicht; er, der Locarno und Thoiry wie ein schöner Frühlingstraum entweichen sieht, hängt für die Existenz des Bundes überhaupt. Zu viele Totengräber sind da an der Arbeit. Nun heißt es, ihn vor tödlichen Belastungsproben, wie der Austritt Italiens eine wäre, zu bewahren.

Sowietrußland macht Anstalten, den Weg nach Genf zu gehen. Schon wird die Regelung der Beziehungen mit der Schweiz lebhaft diskutiert. Ueber Berlin wird sondiert. Die schweizerische Öffentlichkeit reagiert ablehnend. Die Presse erinnert an die Erfahrungen mit den Sowietleuten im Jahre 1918. Der Moskauer Kriegsminister bläst die Friedensschalmei. Man darf den Herren im Kreml zutrauen, daß sie den Plan gefaßt haben, den Völkerbund in Genf selber abzumurfen — Rußland als Mitglied aufnehmen zu lassen, Koalitionen zu bilden, im Geheimen zu intrigieren, den Bund zur Unfruchtbarkeit zu bringen und ihn dann sanft sterben zu lassen. Von Genf aus kann man zudem leicht Beziehungen anknüpfen mit den bisher unerreichtbaren kommunistischen Organisationen Westeuropas. Noch ist es nicht so weit; aber die moskowitzische Methode ist bereits so bekannt, daß sich solche Gedankengänge ungefucht einstellen.

Frankreich hat seinen in London verpfändeten Goldschatz ausgelöst und heimgeholt. Poincaré hat ein Mittel mehr in der Hand, den Franken zu festigen und wenn er will zu stabilisieren.

Die Italiener feierten am 21. April, am legendären Jahrestag der Gründung Roms, das Fest der Arbeit. Auf diesen Anlaß proklamierte Mussolini seine Carta del lavoro — das fascistische Grundgesetz der Arbeit. „Arbeit ist soziale Pflicht“, verkündet diese Arbeitscharta. Sie sichert dem Arbeiter den freien Tag wöchentlich, bezahlte Ferien und politische Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber innerhalb der staatlich anerkannten Berufsverbände. Der Fascist, der damit die Demokratie abgetan glaubt, weiß nicht, daß diese Dinge bei uns längst existieren. Was wir nicht haben, das ist der Zwang, sich einzuorganisieren in Korporationen, in denen alle Arbeitsbedingungen durch den Staat unwiderruflich festgelegt sind.

-ch-

Gedankenlese.

Von Otto Sieber.

Das beste Mittel gegen Langeweile und Unzufriedenheit ist eine gute Tat.

Jedes Balästchen birgt seine Malästchen.

Die Wurzeln des Unkrautes sind gefährliche, dem Selbststrengen zwar leichterkennbare Schmeichler; sie heucheln Gutmeinen, Freundschaft und Geselligkeit, und fressen sich gleichzeitig voll an unseres Erdrreiches Kraft und Güte.

Es ist eine Unart des Menschen, daß er für ein früheres Mißgeschick, das ihn damals arg gerüttelt und aus der Fassung gebracht, so gerne ein überlegenes Lächeln zeigt, während er gewöhnlich im Momente dieser Ueberhebung um kein Haar fester dasteht und die Kraft auch nicht hätte, es lächelnd neu zu ertragen.

Das Leben charakterschwacher Menschen ist anzusehen wie ein Schmetterlingsflug: Man weiß nie, wohin er geht!

In der Not zeigt sich, ob ein Idealist wirklich diesen Namen verdient.

Wenn alles Gold wäre, was glänzt, so hätte es seinen Wert verloren.

Wer Güte als Dummheit betrachtet, der vergift, daß er stündlich der einen großen göttlich-barmherzigen „Dummheit“ bedarf, um sein bißchen Leben leben zu können.

Das Gefühl des Starkseins in uns erhöht sich, wenn wir in Demut dem Schwachen helfen.